

Mit Christian Biliwald. Guten Abend. Die israelische Armee rückt in den Gaser, streifen vor und meldet, sie habe eine Geisel befreit. Nach den anti-jüdischen Ausschreitungen in Dagestan beschuldigt die russische Führung den Westen und die Ukraine. Biedern Frauenmord in Niederösterreich, der Tatverdächtige ist totgefunden worden. Frauenministerin Susanne Raab verspricht es soll Geld für flächendeckende Frauenberatungsstellen geben. Kein russisches Gas mehr Richtung Westen kündigt die Ukraine an. Österreichische Expertinnen und Experten nehmen das unterschiedlich ernst und Luis Rubiales, Ex-Präsident des spanischen Fußballverbandes ist vom Weltfußballverband FIFA für drei Jahre gesperrt worden. Im Journal Panorama ab 18.05 Uhr geht es heute um die Versuche, Albaniens das Land als Tourismus-Ziel zu präsentieren. Den Wetterbericht hat Daniel Schrott. 23 Grad heute noch mit dem Föhn, Internets und Weyer, morgen mit einem Italien-Tief und einer Kaltfront überall kühler und regnerisch. Schon heute Nacht immer öfter regen. Große Mengen fallen dabei im Südwesten, vom Brenner bis zum Wurzenpass, dadurch hier die Gefahr lokaler Überflutungen und Muren. Morgendienstag trüb und zeitweise nass. Am meisten Regen fällt zunächst in Tirol und Salzburg, später in Kärnten, der Steiermark und im Borgengland. Auch Gewitter sind möglich und die Schneefallgrenze sinkt gegen 1500 Meter. Windig und am Nachmittag 7 bis 16 Grad. Zu aller Heiligen dann deutlich freundlicher, zum Teil auch länger sonnig, bevor ein neues Italien-Tief die nächsten Wolken schickt. Die israelische Bodenoffensive im Gaserstreifen ist im Gang. Panzerverbände dürften einen Randbezirk von Gaserstadt erreicht haben. Medien, die noch aus dem Gaserstreifen berichten können, berichten von schweren Kämpfen, die israelische Armee meldet. Sie haben Dutzende Terroristen getötet und es sei gelungen, eine der über 200 Geiseln zu befreien. Die Hamas hat unterdessen ein weiteres Video von Geiseln veröffentlicht und verlangt an den gefangenen Austausch. David Krededer berichtet aus Israel. Ein palästinensischer Journalist filmt einen israelischen Panzer, der neben einem Erdwahl steht, angeblich wenige Kilometer südlich von Gaserstadt. Er scheint die wichtigste Nord-Süd-Straße zu blockieren, auf der eigentlich Zivilisten aus Gaserstadt fliehen sollten, gemäß dem Aufruf Israels. Das Video zeigt einen weißen PKW, der den Panzer sichtet und umkehrt. Daraufhin feuert dieser auf das Auto, der Journalist flüchtet. Das Gesundheitsministerium Gaser spricht von drei getöteten Zivilisten. Ein Sprecher der israelischen Armee sagt, man bestätige keine genauen Truppenstandorte. Die britische BBC hat den Ort der Panzersichtung verifiziert und damit verdichten sich die Anzeichen, dass Israel den Küstenstreifen teilen will, mit Vorstößen auf Gaserstadt vom Süden und aus dem Nordwesten. Begleitet von weiteren Luftschlägen, die israelische Armee hat mehrere Krankenhäuser in Gaserstadt zur Evakuierung aufgerufen. Dort sollen Zehntausende Menschen Unterschlupf gefunden haben. Wo sollen wir denn hin? Klagt einer von ihnen. Unterdessen hat die radikalislamische Chamaas ein Geiselvideo veröffentlicht. Zusehen sind dreientführte Frauen, die offensichtlich unter Druck gesetzt. Die israelische Offensive kritisieren. Sie rufen ihre Regierung auf, inhaftierte

Palästinenser für das Leben weiterer Geiseln einzutauschen. Der israelische Geheimdienst verkündet vor wenigen Minuten, dass bei den jüngsten Vorstößen eine Geisel aus der Hand der Chamaas befreit werden konnte. Es handelt sich um eine junge Soldatin, die am 7. Oktober verschleppt wurde. Weitere Details sind noch nicht bekannt. In der russischen Teilrepublik Dagestan am Kasbischen Meer haben gestern Abend Dutzende Männer den Flughafen der Hauptstadt Makhachkala gestürmt. Sie haben offenbar Jüdinnen und Juden gesucht, aber abends sollte eine Maschine aus Tel Aviv landen und nach Moskau weiterfliegen. Die russische Führung meldet der Flughafen sei gesperrt, die Polizei habe 60 Personen verhaftet und die Führung in Moskau beschuldigt den Westen und die Ukraine für den Gewaltausbruch verantwortlich zu sein, Christian Leninger berichtet. Es ist bekannt und offensichtlich, dass die gestrigen Ereignisse am Flughafen vom Makhachkala das Resultat einer Einmischung von außen sind. So die heutige erste Reaktion von Creme sprecher Mieter Peskov, auf die im Zunehmend mit Eisener Faust regierten Russland äußerst ungewöhnlichen Ausschreitungen, hunderte wütende Menschen hatten das Flughafen wie Palä und das Rollfeld gestürmt, an die israelische Parolen gerufen und sich auf die Suche nach jüdischen Passagieren gemacht. Peskov nennt heute die angeblich daran schuldigen. Das sind Versuche des Westens, die russische Gesellschaft zu spalten, so der Creme-Resprecher. Maria Sakharova, die Sprecherin des russischen Außenministeriums, beschuldigt hingegen die Ukraine. Eine direkte und entscheidende Rolle kann dem verbrecherischen Regime in Kiev zugeschrieben werden, so Sakharova. Die Ukraine wies die Vorwürfe freilich sofort zurück und der Sekretär des ukrainischen Sicherheitsrats Oleg Sidanilov, bezeichnete einen in der russischen Gesellschaft tief verwurzelten Antisemitismus sowie den zunehmend anti-israelischen Kurs des Creme-Res als die Warnhintergründe der Ausschreitungen. Moskau hatte sich in der Vergangenheit stets um gute Beziehungen sowohl zu Israel als auch zu arabischen Ländern bemüht nach dem Terrorangriff der Hamas vor drei Wochen und den israelischen bombardements im Gasostreifen, war Russland aber auf eine zunehmend pro-palästinensische Linie umgeschwenkt und hat auch eine Delegation der Hamas in Moskau empfangen, was heftigste Kritik aus Israel ausgelöst hat. Auch in Österreich nehmen seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel antisemitische Übergriffe zu, das meldet die israelische Kultusgemeinde in Wien. In der Nacht auf Sonntag haben Unbekannte an der Universität Wien antisemitische Parolen auf Wände geschmiert. Die Vertretung jüdischer Studierende fordert heute ein klares Bekenntnis der Universitäten gegen Antisemitismus, Tanja Male berichtet. Mehrere Gebäudewände am Campus der Universität Wien wurden in der Nacht auf Sonntag mit antisemitischen Parolen beschmiert. Inhaltlich gleichen sie dem, was in den vergangenen Wochen bei Demonstrationen von Gruppen zu hören und zu sehen war, die sich selbst als pro-palästinensisch bezeichnen. Am Campus befindet sich das Institut für Judaistik, das zuletzt ebenfalls Ziel antisemitischer Botschaften gewissen ist. Das belaste das Sicherheitsgefühl Soalon Isha'i Präsident Der Yeh, der

Vertretung der jüdischen österreichischen Hochschülerinnen. Das gelte für die Universitäten in Wien allgemein. Es gab von direkten verbalen Angriffen zu sagen Angst um die physische Sicherheit, Zuhalt, Beschmierungen, wie wir das gestern am Campus erlebt haben, alles. Vorfälle wie diese hätten in den vergangenen Wochen deutlich zugenommen. Von der Universität Wien heißt es heute auf Anfrage, dass Anzeige erstattet worden sei. An der Entfernung der Parolen werde gearbeitet, man verstärke Sicherheitsvorkehrungen.

Alon Isha'i wünscht sich, die Uni muss dabei auch ein ganz klares Zeichen setzen. Hier konkret in diesem Fall die Uni Wien, aber damit sind auch andere Universitäten gemeint, müssen ein ganz klares Zeichen setzen, dass solche Antisemitischen die Vermierungen, Schuldkultesen, dass alles kein Raum haben kann an Universitäten in Wien oder in Österreich.

Die Universität Wien hat für Boasting sind in den sozialen Medien, die aktuellen Beschmierungen, Antisemitismus und Verharmlosung von Terror verurteilt.

Auch israelische Fahnen, die aus Solidarität aufgehängt werden, sind weiterhin Ziel von Antisemitischen Aktionen. Vor dem Rathaus in Linz ist heute früh zum dritten Mal versucht worden, die Fahne herunterzureißen, diesmal durch zwei betrunkenen junge Männer. Die ÖVP will die Gesetze verschärfen, um staatliche Symbole wie eben Fahnen zu schützen. Strafrechtsprofessoren sind das skeptisch berichtet Bernd Koschou.

Es geht um den Straftatbestand der Herabwürdigung fremder Symbole.

Kanzler Neherma und die ÖVP wollen, dass der künftig auch greift, wenn eine Fahne nicht staatlich, sondern privat aufgehängt wurde. Aber das müsste

dann wohl nicht nur für die israelische, sondern für alle Fahnen gelten, etwa auch für die russische oder iranische Strafrechtsprofessor Alois Birkelbauer meint.

Da muss man sich natürlich fragen, ob es Aufgabe der österreichischen Strafjustiz sein soll, solche Verhaltensweisen zu bestrafen ist. Geht nicht um eine

Verhetzung, um eine Gewehrung des öffentlichen Friedens, sondern bloß um den Schutz dieser staatlichen Symbole. Und das geht meines Erachtens viel zu weit.

Und Strafrechtsprofessor Klaus Schweighofer sagt.

Ich würde auf jeden Fall vor einer über schnellen Reaktion warnen, stichwort Anlassgesetzgebung, dass also vor irgendwelchen Lausbuchen streichen, dass da gerichtliche Strafbarkeit entsteht.

Auch Birkelbauer meint, es drohe unangebrachte und überzogene Anlassgesetzgebung.

Nach dem Mord an einer 39-jährigen Frau am Wochenende ist der Tatverdächtige am Nachmittag totgefunden worden. Der 34-jährige, ein lokaler FPÖ-Politiker, soll die Frau am Wochenende erschossen haben.

Danach ist er geflüchtet und dürfte sich selbst getötet haben.

Petra Otic berichtet.

Die nach dem Fund einer Frauenleiche gesuchte, wurde gegen 16.30 Uhr tot in einer Scheune bei Schildern im Bezirk Grembs entdeckt.

Nach dem 34-jährigen war im Raum Langenleus gefandert worden, mit einem Großaufgebot der Polizei, der Co-Brown, auch mit Unterstützung eines Hubschraubers. Der Mann soll gestern eine 39-Jährige getötet haben.

Die Polizei wollte bis jetzt aber mit Hinweis auf die laufenden Ermittlungen weder Details über den Fundort ein mögliches Motiv noch über den Tatablauf bekannt geben.

Sie war davon ausgegangen, dass der Mann im Besitz einer Schutzwaffe und zu Fuß unterwegs ist.

Sie hatte die Bevölkerung um sachdienliche Hinweise gebeten und auch eine Personenbeschreibung veröffentlicht.

Frauenministerin Susanne Raab ist nach den Frauenmorden der vergangenen Tage in Kritik geraten.

Sie würde sich zu wenig um das Thema kümmern, so der Vorwurf.

Sie habe sich zurückgehalten, weil sie diese Fälle nicht

nutzen wollte, um politisches Kleingeld zu wechseln, wie Raab heute erklärt hat.

Und sie hat bekannt gegeben, dass Frauenbudget solle erhöht werden,

um Flächendecken, also auch am Land, Beratungsstellen für Frauen und Mädchen zu finanzieren, Petra Daser berichtet.

Von rund 10 Millionen Euro sei das Frauenbudget in ihrer Amtszeit auf mehr als 33 Millionen Euro gestiegen, hebt Frauenministerin Susanne Raab hervor.

Besonders erhöht wurden Ausgaben für Frauen und Mädchen Beratungsstellen.

Es wird künftig in jedem Bezirk eine Einrichtung geben, an die sich Frauen wenden können.

Wir stärken damit also vor allem ländliche Regionen, denn das Schwerpunkt der Beratung war über viele Jahre natürlich in den größeren Ballungsräumen gegeben.

Die Sprecherin der Beratungsstellen Sophie Hansal beschreibt, dass sich pro Jahr rund 120.000 Frauen und Mädchen in Notlagen melden.

Wir leben gerade in der Beratung von Mädchen, von jungen Frauen, dass diese psychisch sehr stark belastet sind und auch weit stärker belastet sind, als das noch vor der Pandemie und auch vor den Krisen im Plural gesprochen der Fall war.

Ursula Kussig vom Notruf bei sexueller Gewalt sagt.

Frauen wenden sich an uns aus ganz unterschiedlichen Kontexten, durch alle Schichten, alle Berufe, Altersgruppen.

Der Frauenministerin wurde zuletzt von der Opposition vorgeworfen, zu den jüngsten Frauenmorden geschwiegen zu haben.

Raab sagt dazu.

Für mich ist es am Ende des Tages letztklassig, wenn man Frauenmord als Anlass nimmt, um hier politisches Kleingeld zu wechseln.

Daran werde ich mich nicht beteiligen.

Die Ministerin verweist stattdessen auf das höhere Budget, das unter anderem der Gewaltprävention dienen soll.

Während andere EU-Länder wenig bis gar kein Gas mehr aus Russland beziehen, gibt Österreich nach wie vor Milliarden für russisches Gas aus.

Das dürfte bald zum Problem werden, wenn die Ukraine werde in gut einem Jahr, also ab 2025, kein russisches Gas mehr durchleiten.

Das hat der Chef des staatlichen ukrainischen Energiekonzerns Naftogas einmal mehr angekündigt.

Einige Experten warnen, Österreich müsse dringend weg von russischem Gas.

Eine Expertin der E-Control will kein Problem erkennen,

Hannah Sommer sacher berichtet.

Wieder droht die Ukraine mit dem Gas-Transit-Stop.

Die jüngste Ankündigung ändere aber nichts an ihre Einschätzung, sagt

Karola Milgram von der Regulierungsbehörde E-Control.

Solange die Leitung da ist und sie funktioniert,

ist es auch so, dass Gas über die Ukraine fließen kann,

auch russisches Gas fließen kann.

Es gäbe Spielregeln in der EU.

Netzbetreiber, die verfügbare Kapazitäten haben,

müssten diese auf Buchungsplattformen anbieten.

Trotzdem sei es wichtig, Gas aus anderen Quellen zu beziehen

und die Transportkapazität zu erweitern.

Energieministerin Leonore Gewessler von den Grünen

verweist auf den geplanten Ausbau der West-Austria-Pipeline

Richtung Deutschland.

Das muss jetzt gebaut werden.

Und meine Erwartung ist auch, dass die GCA,

die hier für zuständig ist, das auch schnellstmöglich baut.

Von der Gas-Connect Austria heißt es dazu auf Ö1-Anfrage.

Man arbeite an dem Projekt,

der Netzbetreiber verweist aber auf die noch ungeklärte Finanzierung

und ausständige Genehmigungsverfahren.

Das will Energie-Experte Walter Bolz nicht gelten lassen.

Im Ö1-Metagsjournal, sagt der frühere E-Control-Chef,

man habe den Ausbau der Infrastruktur

bisher sträflich vernachlässigt.

Die Finanzierung für den Ausbau der West-Austria-Pipeline

sei durchaus abgesichert.

Es gibt eine Staatsgarantie dafür,

die Gas-Connect könnte sehr, sehr rasch starten.

Natürlich gibt es immer irgendeinen Grund,

warum man den Bau verzögern könnte.

Aber wirklich sachlich gerechtfertigt,

finde ich, dass in der Moment eine Situation nicht.

Man solle die Genehmigungsverfahren

für den Bau der Pipeline von Behördenseite beschleunigen.

Dass wir so abhängig von Gas sind,

von fossiler Energie generell,

das sieht man auch daran,

dass die Klimaziele kaum mehr erreichbar sind.

Das Fenster, die eher der Hitzung im Rahmen von 1,5 Grad zu halten, schließt sich schneller als erwartet.

Die Menge an CO<sub>2</sub>, die wir weltweit insgesamt noch verbrauchen dürfen, um dieses Ziel zu schaffen,

geht rascher zurück als im letzten UNO-Klima-Bericht angenommen.

Barbara Reichmann mit den Details.

Die globale Erwärmung auf durchschnittlich maximal 1,5 Grad Celsius zu begrenzen, dafür wird es zeitlich noch enger als bisher gedacht, so die Autoren der aktuellen Neuberechnung.

Denn die Auswirkungen der hohen Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre schlagen deutlich schneller durch als erwartet.

Das zeige sich etwa in Hitzeanomalien

hohen Meerestemperaturen und starken Schwankungen zwischen Trockenheit und starkregen Ereignissen.

Fazit der Studie, das noch verbliebene CO<sub>2</sub>-Budget,

also die Gesamtmenge der weltweit noch zulässigen Kohlendioxidemissionen zur Einbremsung der starken Erwärmung,

es ist nur noch etwa halb so groß wie bisher angenommen.

Der Bericht sieht es bei nur noch 260 Gigatonnen statt wie bisher angenommen bei 500.

Vor allem liege das daran,

dass die globalen Emissionen seit der Corona-Pandemie wieder angewachsen sind.

Allerdings, es gibt zahlreiche Faktoren, die hier eine Rolle spielen, so die Forscher.

Ihre Untersuchung zeige vor allem eines,

das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen, werde sehr, sehr knapp.

Man kann sich fragen, was das größere Problem ist,

wenn wir die Klimaziele verfehlen

oder wenn die Wirtschaft nicht wächst.

Schwaches Wachstum scheint jedenfalls einiges an Unruhe auszulösen,

im dritten Quartal ist die Wirtschaftsleistung

in Österreich um 0,6% geschrumpft,

auch aufs Jahr gerechnet erwarten Wirtschaftsforscherinnen

und Forscher eine Rezession, Michael Fröschl.

Es ist bereits das fünfte Quartal in Folge

mit einer rückläufigen oder stagnierenden Wirtschaftsleistung.

Von Juli bis September beträgt das Minus zum Vorquartal 0,6%

sagt wie vor Ökonom Markus Scheiblecker.

Das große Bild zeigt, dass die hemmische Wirtschaft erneut nachgelassen hat.

Diese Reduktion ist sehr breit gesteuert.

Das heißt weniger Aufträge und Investitionen in der Industrie.

Es wird weniger gebaut und weniger konsumiert.



Für Scheiblecker ganz kleine Folge der Geldpolitik der EZB spricht der Hohenzinsen.

Dass derzeit hohe Zinsen, wo bremst deutlich die österreichische Wirtschaftsdynamik sowohl was die Inlands Nachfrage betrifft als auch die Nachfragefrage aus dem Ausland.

Für das gesamte Jahr bleibt das wie vor bei seiner Rezessionsprognose

Die Wirtschaftsleistung schrumpft demnach heuer um 0,8%.

Mehr Geld als geplant gibt es für den Ausbau der Bahnen

21 Milliarden Euro bis 2019,

wie ÖBB und Verkehrsministerin Leonore Gewessler

heute bekannt gegeben haben.

Ein großer Teil geht in Tunnelprojekte.

Paul Sihorch.

Renovierungen von Bahnhöfen, Elektrifizierung und bessere Infotafeln.

Das sind die Eckpunkte des neuen ÖBB-Rahmenplans bis 2029.

ÖBB-Chef Andreas Mathe.

Es geht um schnellere Fahrzeiten.

Es geht um den integrierten Faktverplan,

so ähnlich wie es in der Schweiz schon realisiert ist,

dass auch das nachgeordnete öffentliche Verkehrssystem

optimal an das Schienennetz angepumpt ist.

Ausgebaut wird etwa die Pürnstrecke.

Der Bau für die vierklassige Strecke Wels-Linds

auf der WS-Bahn läuft schon.

Der S-Bahn-Ausbau in Wien steht an.

Von den 21 Milliarden Euro

stehen allerdings nur 1,5 Milliarden für wirklich neue Projekte zur Verfügung

und gar nicht enthalten im Rahmenplan bis 2029

sind neue Strecken in Gegenden ohne Bahn.

Hier verweist das Verkehrsministerium auf das sogenannte Zielnetz 2040.

Dieser Plan wird er noch ausgearbeitet und soll noch heuer vorgestellt werden.

Die Arbeitslosigkeit ist zwar zuletzt gestiegen,

doch Unternehmen beklagen immer noch,

dass sie Schwierigkeiten haben, Arbeitskräfte zu finden.

Die Bundesregierung will deshalb gezielt Arbeitskräfte aus dem Ausland holen.

Mehrere Bundesländer haben in den vergangenen Jahren Programme gestartet,

um Pflegekräfte anzuwerben.

Nun haben Bund und Wirtschaftskammer

eine breite angelegte Vereinbarung geschlossen

mit den Philippinen Felix Nowak berichtet.

Nicht nur im Gesundheitsbereich sollen philippinische Arbeitskräfte

in Österreich tätig sein, sondern auch etwa in der IT.

Auf den Philippinen will sich Österreich schon bei der Ausbildung einbringen.

Gleichzeitig richten die dortigen Behörden eine Kontaktstelle für Staatsangehörige in Wien ein. In den ersten Jahren sollen jeweils 400 Arbeitskräfte angeworben werden, mittelfristig sollen es mehr werden. Ihre Aufenthaltsgenehmigungen sind zwar anfangs befristet, doch um Gastarbeiter handele es sich nicht, sagt Arbeits- und Wirtschaftsminister Martin Kocher von der ÖVP. Wenn jetzt Menschen nach Österreich kommen und nach einigen Jahren zurückgehen wollen, der Heimatland ist das völlig legitim. Aber es geht exklusiv darum, Menschen nach Österreich zu bringen, die hier als Fachkräfte eine leuchtige Beiber geisten und nicht nur auf kurze Feste. Schwerepunktartig anwerben will Österreich auch am Westbalkan in Indonesien und Brasilien. Oberösterreichs Sozial-Landesrat Wolfgang Hartmannsdorfer von der ÖVP war bei der Vertragsunterzeichnung in Manila dabei. Sein Bundesland hat heuer schon 80 philippinische Pflegekräfte geholt. Wir haben als Bundesland Oberösterreich eine eigene philippinische Agentur, die uns hier unterstützt, erstens einmal auf den Universitäten interessierte Diplomkräfte auch zu identifizieren, zweitens die dann zu begleiten bei der Ausreise und dann übernehmen quasi wir in Oberösterreich, was die Nostrophizierungen betrifft, was die Deutschangebote betrifft. Die neue Zusammenarbeit begrüßt Hartmannsdorfer, jetzt fordert der Sozialminister Johannes Rauch von den Grünen auf, eine bundesweite Anwerbestrategie im Sozialbereich zu schaffen. In Hamburg sind bei einem schweren Arbeitsunfall am Vormittag vier Bauarbeiter gestorben. In der Hafensit ist ein Gerüst zusammengebrochen, mehrere Arbeiter sind in einen Aufzugschacht gestürzt. Wie viele unter den Trümmern sind, ist nach wie vor nicht klar berichtet aus Deutschland, Andreas Joly. Fünf Bauarbeiter sind auf dem achtstöckigen Gerüst tätig, als dieses plötzlich zusammenbericht aus bisher ungeklärter Ursache, Philipp Baumann, Sprecher der Hamburger Feuerwehr. Acht des O.G. abwärts ist ein Gerüst in ein Fahrschulschacht gestürzt, mehrere Arbeiter wurden verschüttet. Vier Bauarbeiter sind tot, der fünfte kann lebensgefährlich verletzt geborgen werden. Mehrere Stunden lang ist nicht glaubt noch weitere Bauarbeiter unter den Trümmern liegen, Rettungskräfte suchen nach Vermissten. Ein äußerst diffiziles Unterfangen. Die Gerüstteile liegen meterweise übereinander, müssen gesichert und vorsichtig abgetragen werden. Der Einsatzleiter spricht von einem Riesen-Mikado mit Gerüststangen. Bis zum frühen Nachmittag können erst zwei Tote geborgen werden. Das sogenannte Überseekwartieren der Hafen City ist Hamburgs größte Baustelle, auf der es schon mehrmals zu Unfällen mit Verletzten gekommen ist. Durch ein eingeknicktes Baugerüst herabfallende Bauteile oder explodierende Gasflaschen. Der Weltfußballverband FIFA hat heute den ehemaligen spanischen Verbandspräsidenten Luis Rubiales



für drei Jahre aus dem Verkehr gezogen.

Das ist das Ergebnis des Verfahrens nach dem sexuellen Übergriff gegen eine Spielerin bei der WM Siegerehrung Wolfgang Achinger berichtet.

Diese drei Jahre Sperre für Luis Rubiales gilt für alle Fußballtätigkeiten sowohl auf internationaler als auch auf nationaler Ebene. Rubiales hat nach dem Weltmeistertitel der spanischen Frauen bei der Siegerehrung die Spielerin Jennifer Hermoso auf den Mund geküsst. Hermoso hat danach klar ausgesagt, die sei gegen ihren Willen geschehen.

Trotz massiver nationaler und internationaler Proteste hat er sich Rubiales vorerst geweigert, als spanischer Verbandspräsident zurückzutreten.

Letztendlich hatte dann seinen Posten doch widerwillig geräumt.

Von der FIFA ist Rubiales wegen des sexuellen Übergriffs zuerst für 90 Tage suspendiert und jetzt eben für drei Jahre gesperrt worden.

Luis Rubiales hat zehn Tage Zeit eine Begründung zu beantragen und er kann die Entscheidung bei der FIFA Berufungskommission anfechten.

Trotz aller Kritik hat am Wochenende der Ski-Weltkart begonnen, die Diskussion, ob die Saison auch nächstes Jahr im Oktober oder vielleicht auch etwas später starten soll, geht heute weiter.

Aus der Sicht der Veranstalter war das Wochenende ein Erfolg.

Ziegtausende Zuschauer sind auf den Gletscher bei Sölden gekommen.

Sie haben allerdings nur ein Rennen gesehen, Daniel Kulowitz.

Der Riesentall auf der Männerkonto ja nicht fertig gefahren werden und wird auch nicht auf österreichischem Boden nachgeholt.

Die FIS will nämlich keinen neuen Ort dazunehmen und Österreichs Schauplätze sind bereits ausgelastet und Ski-Austria-Generalsekretär Christian Scherer erklärt, warum Hochgurgel kein Zusatzrennen dazunehmen wird.

Hochgurgel ist ein neuer Austragungsort, wir möchten mit einer tollen Slalom schon einen bleibenden Eindruck im FIS-Kalender hinterlassen.

Bleibt Sölden künftig als Oktobertermin, das sollen Gespräche mit der FIS im Dezember klären.

Sölden will sich nur mit dem entsprechenden Rahmenprogramm als Schauplatz anbieten. Es muss ein Ski-Fest sein, ein reines Rennen ist ihnen zu wenig, für sowas würde Sölden auch zukünftig nicht zur Verfügung stehen.

Ob im Oktober oder dann erst ein, zwei Wochen später im November, dazu sei Österreichs Ski-Verband

Gesprächsbereit.

Die Nachrichten im Abendjournal Marta Georgiew, bitte.

Israel meldet die Befreiung einer Geisel aus dem Gaserstreifen.

Wie das israelische Militär bekannt gibt, soll die Soldatin beim Einsatz der Bodentruppen befreit worden sein.

Sie sei in gutem Zustand und befinde sich schon bei ihrer Familie, so die Armee.

Weitere 239 Geiseln sollen sich noch in der Gewalt der Hamas befinden.

Sie wurden am 7.

Oktober, also vor 23 Tagen, entführt.

Im Bezirk Krems bei Langenleus ist am Abend jener Mann tot aufgefunden worden, der im

Verdachtstand

gestern eine Frau erschossen zu haben.

Das teilte die Polizei am Abend mit.

Er dürfte nach der Tat geflüchtet sein und Suizid begangen haben.

Nach dem 34-Jährigen war heute mit einem Großaufgebot gesucht worden.

Er war Lokalpolitiker der FPÖ, wie die Freiheitlichen am Nachmittag bestätigten.

Bei dem Opferhandel, das sich um eine 39-Jährige Frau zu den Hintergründen ist noch nichts bekannt.

Das weltweite Ziel, die Erderwärmung bis Ende des Jahrhunderts auf 1,5 Grad zu begrenzen, dürfte noch schwieriger zu erreichen sein als angenommen.

Das zeigt die Untersuchung einer Forschergruppe des Imperial College in London.

Demnach müsste bis zum Jahr 1100 rund um die Hälfte weniger CO2 ausgestoßen werden, als im Weltklima-Bericht von 2021 geschätzt.

Dann gebe es eine 50-prozentige Wahrscheinlichkeit, dass das 1,5-Grad-Ziel überhaupt noch erreicht werden kann, so die Forscher.

Und noch ein Blick auf das Wetter morgen.

Es ist überwiegend bewirkt und regnerisch.

In Osttirol und Kärnten kann es zunächst intensiv regnen.

Es herrscht die Gefahr von Überflutungen.

Es ist sehr windig bei 7 bis 16 Grad.

Vielen Dank für das Team des Abendjournals.

Verabschiedet sich Christian Willwald.

Gleich ist es 18 Uhr und 25 Minuten des Journal Panorama führt sie heute nach Albanien.

Ich gebe weiter an Elisabeth Wasch.

Ö1. Journal Panorama.

Guten Abend.

Reiseland.